



Othmar Karas

Soziales Europa angesichts der Globalisierung

Soziale Marktwirtschaft als Basis des Europäischen Sozialmodells

Die Herausforderungen der Globalisierung lassen sich nur auf der Grundlage des Europäischen Sozialmodells bewältigen. Dieses beruht wesentlich auf der Sozialen Marktwirtschaft, einer Form des „gezähmten Kapitalismus“, wie sie sich in den Jahrzehnten seit dem zweiten Weltkrieg bestens bewährt hat. Der sich verschärfende Wettbewerb, aber auch die demographische Entwicklung machen allerdings Anpassungen notwendig, die sich vor allem auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung der Bildung und der Gesundheitsvorsorge sowie auf Modifikationen der Rentensysteme beziehen. Die entsprechenden sozial-, bildungs-, gesundheitspolitischen Reformen können jedoch nur gelingen, wenn sie von allen Teilen der Gesellschaft gemeinsam in Angriff genommen werden. Der Vertrag von Lissabon gibt der EU die Instrumente für den notwendigen Umbau in die Hand. Das Ziel einer nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft ist dabei nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Verwirklichung des europäischen Gesellschaftsmodells.



Die Soziale Marktwirtschaft

Seit die Märkte unter einem zunehmenden globalen Wettbewerbsdruck stehen, vergrößern sich die Einkommensunterschiede, geraten zunehmend mehr Unionsbürger in eine soziale Schieflage, werden durch den technologischen Wandel aus ihren erlernten Berufen verdrängt und müssen unsichere Arbeitsbedingungen annehmen. Diese Entwicklung belastet nicht nur die Sozialsysteme, sondern auch die europäische Wirtschaft insgesamt.

Das Modell der sozialen Marktwirtschaft bezeichnet nun eine Wirtschaftsordnung, die auf den Prinzipien einer freien Marktwirtschaft basiert, deren negative Auswirkungen aber für die auf diesem Markt Agierenden durch regulierende Maßnahmen des Staates verhindert werden sollen. Sie hat sich heute in verschiede-

nen Ausprägungen als wesentliches Wirtschaftsmodell in Europa durchgesetzt. Grundlage ist das Prinzip der Freiheit des Marktes, auf dem Angebot und Nachfrage aufeinander treffen und der Preis für die Güter gebildet wird. Durch staatliche Wirtschaftspolitik soll der Ordnungsrahmen geschaffen werden, um einen funktionierenden Markt mit ausreichendem Wettbewerb zu gewährleisten. Zudem gilt das Prinzip des sozialen Ausgleichs. So soll der Staat z. B. durch Einführung eines Sozialversicherungssystems für den Fall von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit oder Krankheit absichern. Aufgabe dieses Ordnungsmodells ist es daher, die wirtschaftlichen Kräfte des freien Marktes in ein Regelwerk einzubinden, das nicht nur Missbräuche verhindert, sondern auch die Versorgung der so-

zialen Grundbedürfnisse und die soziale Sicherheit garantiert, das Freiheit und bürgerliche Rechtsgleichheit mit sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und Ausgleich verbindet. Es unterscheidet sich daher wesentlich vom liberalen, rechtsstaatlich-marktwirtschaftlichen Modell, dem anglo-amerikanischen Modell des „wellfare market“, indem es die Verpflichtung und Legitimation des Staates zur Intervention in gesellschaftliche Verhältnisse bejaht. Doch auch vom sozialdemokratischen governmental Gesellschaftsmodell des „wellfare government“ unterscheidet es sich, indem es den rechtlichen Schutz des Privateigentums an Produktionsmitteln sowie die prinzipielle Unabhängigkeit des Unternehmens garantiert. Vier Formen lassen sich dabei unterscheiden:

- Das *mediterrane Modell* (Italien, Spanien, Griechenland) konzen-